

## **Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des BUND Hessen e.V. am 18. März 2006**

### **Klimafolgen werden spürbarer – es kann und muss gehandelt werden!**

Klimaschutzpolitik wird immer dringlicher. Mit diesem Leitantrag will der BUND die Ziele für eine hessische Klimaschutzpolitik festlegen und im Landesverband Hessen dazu aufrufen, gemeinsam Aktivitäten zu entwickeln.

Die Begrenztheit der Ressourcen und die Gefahren der Atomkraft sind Grund genug, den weltweit und in Hessen zu hohen Energieverbrauch durch deutliche Steigerung der Energieeffizienz zu senken und die Nutzung erneuerbarer Energien massiv auszubauen. In Hessen besteht hierbei auf Landesebene deutlicher Nachholbedarf. Der BUND fordert die Landesregierung auf, ein Hessisches Klimaschutzgesetz zu verabschieden und Förderprogramme aufzulegen zur Steigerung der Stromeffizienz, zur verstärkten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, zur Unterstützung der Wärmedämmung und Heizungsmodernisierung, zur Intensivierung der Nutzung erneuerbarer Energien sowie für eine klimaschützende Mobilität.

In allen diesen Bereichen soll das Land Hessen mehr mit dem Klima-Bündnis sowie dessen Mitgliedsstädten in Hessen zusammenarbeiten.

Der BUND tritt entschieden Behauptungen entgegen, dass wirksame Klimaschutzmaßnahmen nicht auch in Hessen möglich sind und zwar unter ausdrücklichem Verzicht weiterer Atomstromerzeugung in den beiden Blöcken des AKW Biblis.

Unsere Vorschläge für hessische Klimaschutzprogramme zeigen das Gegenteil!

Der BUND ruft zugleich seine Mitglieder und alle „Freunde der Erde“ auf, eigene Beiträge zum Klimaschutz zu leisten, z.B. durch Energieeinsparung zuhause und unterwegs, sowie durch das Vorantreiben regenerativer Energienutzung durch Selbsterzeugung, durch Beteiligung an Betreibergesellschaften, oder zumindest durch die Bestellung von „Grünem Strom“.

Klimaschutz duldet keinen Aufschub. Jede Investition, jede Anschaffung kann dem Klimaschutz dienen. Der BUND wird im Rahmen seiner bundesweiten Kampagne Personen und Unternehmen benennen, die Maßnahmen durchführen, die dem Weltklima schaden – die „Klimakiller“. Zugleich werden wir diejenigen unterstützen und öffentlich herausstellen, die als Einzelperson oder Unternehmen vorbildliche Leistungen für den Klimaschutz vorweisen können – die „Klimaretter“.

## **Begründung:**

Zunahme der Sturmhäufigkeit, extreme Niederschlagsereignisse mit Überschwemmungen und hohen Bodenerosionen, Veränderungen der globalen Zirkulation sind ausreichende und wissenschaftlich anerkannte Symptome für den Klimawandel. Die ökologischen Folgen und deren Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft sind unkalkulierbar. Der BUND hat das Thema Klimaschutz wegen der gewaltigen globalen und langfristigen Folgen zu einem seiner Schwerpunktthemen der nächsten 3 Jahre gemacht.

Der BUND informiert auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse mit anschaulichen Mitteln über die Folgen des Klimawandels. In gemeinsamen Projekten mit Klimaforschungsinstituten und Medienpartnern wollen wir breite Bevölkerungsschichten wachrütteln und damit die gesellschaftliche Unterstützung für einen verstärkten Klimaschutz erhöhen. Auf Landesebene wollen wir z. B. Projekte Informationsveranstaltungen, Klimaspaziergänge und vieles andere mehr zu den Folgen des Klimawandels durchführen.

Die Klimaveränderungen sind nach Auffassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern größtenteils durch die Freisetzung von Treibhausgasen „menschengemacht“, wesentlich bedingt v.a. durch Kohlendioxid aus der Energienutzung sowie dem Verkehr. Die Energienutzung und der Verkehrsbereich weisen die höchsten und wirkungsvollsten Reduktionspotentiale der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf. Die massive Klimagefährdung durch die schnell wachsende Luftfahrt wird in der politischen Diskussion immer noch weitgehend verdrängt. Alternative, klimaverträgliche und praxistaugliche Antriebsmittel für Flugzeuge sind nicht erkennbar.

Der BUND setzt sich für die Durchsetzung der folgenden Forderungen ein:

- Der Energieverbrauch muss bis zum Jahre 2030 um 50 % reduziert werden. An die Stelle von Kohlekraftwerken, die CO<sub>2</sub>-Schleudern darstellen, muss die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung treten und ausgebaut werden. Ebenso systematisch ausgebaut werden müssen die erneuerbaren Energien, so dass ab dem Jahre 2050 die Stromerzeugung zu 100 % aus regenerativen Energien erfolgt.
- Primat der Energieeffizienz, Beendigung der Stromverschwendung in allen Bereichen.
- Energieeinsparung durch die flächendeckende Altbausanierung: Umsetzung der Energieeinsparverordnung und gezielte Förderprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden.
- Zukunftsfähige Mobilität durch sparsame Fahrzeuge, andere Kraftstoffe und den Vorrang des Umweltverbunds bei Planung und Bau der Verkehrsinfrastruktur.
- Herstellung der Marktgerechtigkeit in der Luftfahrt durch sofortigen Subventionsstopp und Realisierung des Verursacherprinzips (u.a. sofortige Einführung der Kerosinsteuer).
- Wir fordern den Verzicht auf die geplante Mehrwertsteuererhöhung und die Erhaltung sowie den effektiven Ausbau der Ökosteuer.
- Atomkraft ist für den BUND keine Alternative im Klimaschutz. Nicht erst seit Tschernobyl sind die Risiken bekannt. Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist ungelöst und die Gesundheits- und Umweltgefahren sind nicht akzeptabel.

## **Forderungen an eine zukunftsfähige Landesenergie- und Klimaschutzpolitik**

### **1. Hessisches Klimaschutzgesetz**

Wir fordern ein Hessisches Klimaschutzprogramm. Schubladen-Pläne hierzu gibt es schon seit vielen Jahren. Auch die Gesetze in den Ländern Hamburg und Berlin sind Vorbilder. Kernpunkte müssen klare Selbstverpflichtungen des Landes sowie gesetzliche Grundlagen für verbindliche Vorgaben zum energiesparenden Bauen und der Nutzung erneuerbaren Energien durch die Bauleitplanung der Kommunen (klimaneutrale Neubau- und Sanierungsgebiete) sein.

Gleichermaßen können (und müssen) Vorschriften zur Umsetzung des Energieeinsparungsgesetzes und der Energieeinsparverordnung auf Landesebene getroffen werden.

Des Weiteren sollten Kommunen, Eigentümer mehrerer Liegenschaften und Unternehmen stärkere Anreize und mehr Informationen über die bestehenden, sehr wirtschaftlichen Klimaschutzmaßnahmen zur Erstellung und Umsetzung von Energiekonzepten sowie zum Energiemanagement erhalten.

Wir wollen nicht hinnehmen, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Landesliegenschaften seit 1991 von 250.000 auf 300.000 t angestiegen sind. Die Landesverwaltung muss durch gesetzliche Verpflichtungen zum Vorbild im Klimaschutz werden.

Mit dem Hessischen Klimaschutzgesetz würde der stete Rückschritt bei vielen Klimaschutzaktivitäten des Landes und die unzeitgemäße Zersplitterung der Energie- und Klimaschutzaktivitäten beendet.

Es gilt, in Hessen konkrete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere in den Bereichen, die dem Emissionshandel nicht unterliegen. Die Konzentration auf den Emissionshandel ist nicht mehr ausreichend, denn dieser findet mittlerweile selbständig durch die Unternehmen auf europäischer Ebene statt.

Das Land Hessen hat angekündigt im Jahr 2006 ein „Integriertes Klimaschutzprogramm INKLIM“ vorzulegen. Dies ist zu begrüßen. Allerdings zeigen erste Entwürfe, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen dem Land Hessen nicht korrekt zugeordnet werden und viele Aktionsbereiche nicht oder nur schwach betrachtet werden. Der BUND Hessen versteht seinen Aufruf daher auch als Hinweis zur Erstellung dieses Klimaschutzprogramms.

### **2. Programm zur Stromeffizienz in Hessen**

*Wer Strom nutzt, sollte dies effizient tun!*

Bundesweit stammen ca. 40% der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Stromproduktion in Kohlekraftwerken. Auch Hessen hat hieran durch die Stromnutzung in Hessen einen entsprechenden Anteil. Die Haltung der Hessischen Landesregierung, nur den Atomstrom aus Biblis vollständig Hessen zuzuschreiben, ignoriert die realen Stromflüsse und den Stromhandel an der Strombörse.

Da immer noch weit reichender Informationsmangel zum Thema Stromeffizienz herrscht, sollte ein Kernpunkt die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung des Impulsprogramms Stromeffizienz sein. Hessen hat hier gute Traditionen, die fast vergessen sind. Stromeffizienz schafft neue Arbeitsplätze bei Herstellern effizienter Geräte, beim Handwerk und bei Planern. Stromeffizienz dient auch konkret dazu, den weiteren Betrieb gefährlicher Atomkraftwerke überflüssig zu machen. Ziel sollte es daher sein, dass bei allen Beschaffungen und Installationen jeweils die stromeffizientesten Geräte und Anwendungen zum Einsatz kommen. Bedenklich ist daher, dass in Hessen die gesetzlich vorgeschriebene Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeräten praktisch nicht kontrolliert wird.

Das EU-Parlament hat eine Richtlinie zur Endenergie und Energiedienstleistung verabschiedet, der zufolge in den nächsten 9 Jahren 9% Energie eingespart werden soll. Die EU geht davon aus, dass bis zum Jahr 2020 über 20% des derzeitigen Energieverbrauchs wirtschaftlich eingespart werden kann. Dies ist auch in Hessen möglich, wobei die Ziele der EU leicht übertroffen werden können.

An einer Hessischen Hochschule oder Fachhochschule sollte ein Lehrstuhl und Studiengang Energieeffizienz/Stromeffizienz eingerichtet werden.

### **3. Programm für Kraft-Wärme-Kopplung in Hessen**

*Wer heizt, sollte auch Strom produzieren*

Ein weiteres großes Potenzial zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt in der Kraft-Wärme-Kopplung, der gleichzeitigen Produktion und Nutzung von Strom und Wärme. Demgegenüber werden bei großen Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken ca. 2/3 der eingesetzten Energie schlicht „weggeworfen“.

Hessen hat bei der KWK gute und vorbildliche Anlagen mit großen und kleineren Heizkraftwerken wie in Frankfurt am Main, Kassel, Gießen, Marburg, usw. Nicht nur dort bestehen noch große, weitere Potenziale der Ausweitung der gegenwärtigen Deckung von 10% des Strombedarfs aus KWK auf das Doppelte und mehr. Die Erfahrung zeigt, dass im Wesentlichen Informationsmangel und die Dumpingangebote der Großversorger die Gründe sind, dass diese Möglichkeiten nicht genutzt werden.

Zudem stellt der immer noch nicht optimale rechtliche Rahmen für die KWK ein entscheidendes Hemmnis dar. Das Land Hessen wird aufgefordert sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für KWK im Energiewirtschaftsgesetz in Bezug auf Netzzugang und Netznutzung einzusetzen. Hessen sollte sich für eine rasche Novellierung des KWK-Gesetzes und die Fortschreibung der Förderung der KWK einsetzen.

Das Hessische Impulsprogramm sollte eine zusätzliche Komponente zur Fortbildung von Architekten, Planern und Handwerkern in Sachen KWK erhalten.

### **4. Programm zur Wärmedämmung und Heizungsmodernisierung in Hessen**

*Die eingesparte Energie ist die billigste, man findet sie im eigenen Haus*

In Gebäuden wird ein Großteil der Energie verbunden mit einer entsprechenden Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert. Hier liegen zugleich bekannterweise große Potenzi-

ale zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Neben der Fortbildung für Fachleute und Beratung für die Gebäudeeigentümer und –nutzer kommt aber der Kontrolle der Einhaltung von Vorschriften mehr Bedeutung zu. So findet in Hessen z.B. in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften der Energieeinsparverordnung keine oder nur eine beschränkte Kontrolle statt. Verstöße gegen den Klimaschutz werden praktisch nicht geahndet.

Die Prüfungen von Heizungsanlagen durch die Schornsteinfeger könnten daher mit einer Überprüfung von Wärmedämmvorschriften und einem Energie-Check für den Einsatz von KWK-Anlagen oder Anlagen der erneuerbaren Energien verbunden werden.

Die Hessische Energiesparaktion könnte ausgeweitet werden, so dass auf Grundlage des Hessischen Klimaschutzgesetzes innerhalb 10-15 Jahren, bei Modernisierung noch früher, für alle Gebäude ein energetischer Modernisierungs- und Klimaschutzplan aufgestellt wird.

## **5. Programm zur Nutzung erneuerbarer Energien in Hessen**

*Erneuerbare Energie ist die einzig nachhaltige – wie schon der Name sagt*

Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energien am Endverbrauch auf 15% bis zum Jahr 2015 zu steigern. Das ist zu begrüßen. Hierbei setzt das Land Hessen aber vor allem auf den Ausbau von Holzheizungen und Biogasanlagen. Vernachlässigt wird der Ausbau von Holzheizkraftwerken mit Nahwärmenetzen.

Der BUND meint, dass die energetische Nutzung von Biomasse den Anforderungen der Nachhaltigkeit an die Landwirtschaft und den Naturschutz gerecht werden muss. Der BUND lehnt den Einsatz der Gentechnik bei nachwachsenden Rohstoffen und energetischer Nutzung von Biomasse ab. Die Nutzung der Bioenergie sollte effizient erfolgen und mit geringst möglichen Schadstofffreisetzungen verbunden sein. Dies alles ist z.B. bei der von der Hessischen Landesregierung beworbenen Getreideverbrennung nicht der Fall.

Umweltverträglichere Alternativen werden ebenfalls in Hessen entwickelt: Das Konzept des Mischfruchtanbaus zur Energienutzung (ohne Kunstdünger und ohne Pestizide) von Prof. Scheffer (Kassel, Witzenhausen) sollte daher in allen Landkreisen als Pilotprojekt mit Unterstützung des Landes vorangetrieben werden.

Bei Holzheizungen sollte jeweils geprüft werden, wie durch den Aufbau von Nahwärmenetzen auch der Einsatz von KWK mit Stromproduktion möglich ist.

Der Ausbau der Windenergie soll auch in Hessen weiter vorangehen. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihren Widerstand gegen den weiteren umweltverträglichen Ausbau der Windenergie aufzugeben. Erst kürzlich hat eine Studie weitere Potenziale der Windenergienutzung exemplarisch für den Regierungsbezirk Mittelhessen aufgezeigt.

Nachholbedarf gibt es auch bei der Solarenergie – auf den vorderen Plätzen der „Solarbundesliga“ (die sowohl solarthermische Anlagen als auch PV-Anlagen umfasst) sind hessische Kommunen nicht zu finden, obwohl in Hessen mehrere führende An-

bieter der Solartechnik angesiedelt sind und in Bürstadt das weltgrößte Aufdachsolar-kraftwerk mit 5 MWp Leistung in Betrieb ist.

An einer im Vergleich zum „Sonnenstaat Bayern“ allenfalls 10% geringeren Sonneneinstrahlung kann es nicht liegen. Hier ist die Landesregierung gefordert, weitere Initiativen zu ergreifen zur Fortbildung des Handwerks und zur Motivation von Kommunen und Bürgern zum Bau von Solaranlagen.

Im Rahmen des generellen Ausbauziels der erneuerbaren Energien sollten konkrete Teilziele für den Ausbau von Energie aus Biomasse, Wind und Sonne bestimmt werden.

## **6. Programm zur klimaschonenden Mobilität in Hessen**

Ein bedeutender und wachsender Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird durch den Verkehrsbereich verursacht. Eine Politik, bei der „alle Verkehrssysteme gleichermaßen gefördert werden“, wird dem Anspruch des Klimaschutzes nicht gerecht, haben doch verschiedene Verkehrsträger von Zufußgehen, Radfahren, Autofahren bis hin zum Flugverkehr sehr unterschiedliche Klimawirkungen.

Der BUND bekräftigt seine Ablehnung ständig neu geplanter überregionaler Straßenverkehrsprojekte in Hessen wie die A 44 Kassel-Eisenach, die A 49 Kassel-Giessen oder die B87n Fulda-Meiningen. Vielmehr ist eine verstärkte Förderung des ÖPNV, des Car-Sharings sowie der Ausbau des Radwegenetzes erforderlich. Durch die Einführung „intelligenter“ Mobilitäts-Karten können komplizierte Tarif- und Abrechnungssysteme vereinfacht werden. Neben dem Streckenausbau im ÖPNV steht zunehmend die Schaffung einer höheren Qualität und die Senkung von Ausfällen und Verspätungen im Vordergrund. Die primär auf das Auto fixierte Politik der Hessischen Landesregierung ist aus Sicht des Klimaschutzes kontraproduktiv.

Dies gilt auch und besonders für die Haltung der Landesregierung zum Flughafenausbau. Hier sei nur kurz auf die anderweitig ausführlich dargelegte Ablehnung des BUND zum Flughafenausbau Frankfurt verwiesen. Neben dem Naturschutz ist auch der Klimaschutz ein entscheidender Grund, die Ausweitung des Flugverkehrs abzulehnen. Hier spielen nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern auch Freisetzungen von Kerosin und Wasserdampf in die Atmosphäre mit horizontweiter Kondensstreifenbildung, sowie in die Ozonschicht der Stratosphäre eine wichtige Rolle.

Für den AK Energie: Dr. Werner Neumann

Für den Landesvorstand: Prof. Dr. Lutz Katzschner, Peter Hansen